

**Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung**
Wortprotokoll

59. Sitzung

Berlin, den 28.03.2012, 11.00 bis 13.00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus, Berlin
Sitzungssaal: E.800

Vorsitz: Dagmar G. Wöhrl, MdB

TAGESORDNUNG:

Öffentliche Anhörung zum Thema:






"Die Vor- und Nachteile von bilateraler und multilateraler EZ"

Sachverständige:

Dr. Thomas Fues	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)
Tobias Hauschild	Oxfam Deutschland e.V.
Dr. Stephan Klingebiel	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)
Prof. Dr. Helmut Reisen	Head of Research (OECD)
Dr. Klaus Schilder	Global Policy Forum Europe

Anwesenheit

Sachverständige
zur öffentlichen Anhörung
des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit
am 28. März 2012,
11.00 bis 13.00 Uhr
zum Thema
"Bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit"

Dr. Thomas Fues Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)	
Tobias Hauschild Oxfam Deutschland e.V.	
Dr. Stephan Klingebiel Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)	
Prof. Dr. Helmut Reisen Head of Research (OECD)	
Dr. Klaus Schilder Global Policy Forum Europe	

OF

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des Ausschusses Nr. 19 (Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

Mittwoch, 28. März 2012, 11:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Fischer (Göttingen), Hartwig		Flosbach, Klaus-Peter
Heiderich, Helmut		Götz, Peter
Hübinger, Anette		Grund, Manfred
Klimke, Jürgen		Hahn, Florian
Pfeiffer, Sibylle		Hörster, Joachim
Riegert, Klaus		Jüttner Dr., Egon
Selle, Johannes		Klein, Volkmar
Weiss (Wesel I), Sabine		Lämmel, Andreas G.	
Wöhrl, Dagmar G.		Ruck Dr., Christian
SPD		SPD	
Hendricks Dr., Barbara		Binding (Heidelberg), Lothar
Kofler Dr., Bärbel		Erler Dr. h.c., Gernot
Raabe Dr., Sascha		Schwabe, Frank
Rebmann, Stefan		Tiefensee, Wolfgang
Roth (Esslingen), Karin		Zöllmer, Manfred
FDP		FDP	
Daub, Helga		Koppelin Dr. h.c., Jürgen
Günther (Plauen), Joachim		Meinhardt, Patrick
Leibrecht, Harald		Müller-Sönksen, Burkhardt
Ratjen-Damerou Dr., Christiane		Schuster, Marina

Stand: 21. März 2012
 Tagungsbüro / Referat ZT 4 - Logistik - Luisenstr. 32-34 Telefon 227-32659

2/1

Tagungsbüro

Seite 2

Sitzung des Ausschusses Nr. 19 (Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
Mittwoch, 28. März 2012, 11:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Groth, Annette	Bluhm, Heidrun
Hänsel, Heike	Hunko, Andrej
Movassat, Niema		Wawzyniak, Halina
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Hoppe, Thilo	Andreae, Kerstin
Kekeritz, Uwe		Brugger, Agnes
Koczy, Ute	Terpe Dr., Harald

0/1

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19)

Mittwoch, 28. März 2012, 11:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

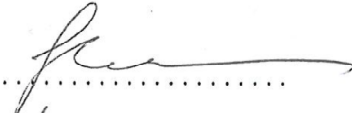

CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Glimmann.....	B90/Grüne.....	
Jakob.....	FDP.....	
.....
.....
.....
.....
.....

Mittwoch, 28. März 2012, 11:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
B72	Willeke St.	Rtca 113	[Handwritten Signature]
B72	Crankmüller BEIHP/IEU	RL	[Handwritten Signature]
B72, 412 AI-Vew	Danzon Gamm	RL ndp	[Handwritten Signature]

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
Beate Lau	[Handwritten Signature]	VAe	HH

**Konzept zur öffentlichen Anhörung:
„Bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit“**

Einführung

Auf dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen im Jahr 2000 hat sich die Weltgemeinschaft auf acht Ziele verständigt, die man gemeinsam bis zum Jahr 2015 erreichen will, um die Lebensbedingungen und Chancen der Menschen auch in den ärmsten Ländern zu verbessern. Zur Finanzierung dieser Ziele hat die internationale Gemeinschaft Beschlüsse auf der UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung 2002 in Monterrey gefasst. Diese Ziele können aber nur ein Zwischenschritt sein, um langfristig möglichst gleiche Chancen für alle Menschen auf der Welt zu schaffen. Die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) soll hierzu den wesentlichen Beitrag leisten. Mit den globalen wirtschaftlichen und politischen Umbrüchen stehen die Konzepte und Strategien der herkömmlichen Entwicklungspolitik auf dem Prüfstand. Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, die Wirksamkeit der deutschen EZ zu steigern und zu diesem Zweck die Pariser Erklärung und den Aktionsplan von Accra umzusetzen. Im Jahr 2011 wurden in Busan die Ziele bekräftigt und die zu ergreifenden Maßnahmen konkretisiert. Der DAC Prüfbericht-Deutschland 2010 der OECD stellt fest: „Deutschland verfolgt seit Langem eine Politik, der zufolge nicht mehr als ein Drittel der ODA-Leistungen über multilaterale Kanäle laufen soll (einschließlich EU). Diese Begrenzung stützt sich weder auf konkrete Belege, noch hängt sie mit der relativen Wirksamkeit der bilateralen im Verhältnis zur multilateralen ODA zusammen.“

Der Ausschuss möchte mit der Anhörung Aufklärung darüber erlangen, welche Vor- und Nachteile bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit haben, um die Ziele der Weltgemeinschaft, denen sich auch Deutschland verpflichtet hat, unter den gegebenen Umständen zu erreichen. Ein Aspekt hiervon ist die Kohärenz innerhalb der EU.

Die zweistündige Anhörung ist in zwei Blöcke geteilt, in denen jeweils drei bzw. zwei Experten ein fünfminütiges Einführungsstatement abgeben und sich dann den Fragen der Abgeordneten stellen. Die Experten sind vorab gebeten worden, eine schriftliche Stellungnahme zum Themenkomplex abzugeben, die es Ihnen erlaubt, ausführlicher zum Themenkomplex Stellung zu nehmen als es in einer fünfminütigen Präsentation möglich ist. Auch das BMZ erhält Gelegenheit, schriftlich Stellung zu nehmen. Die eingesandten Stellungnahmen werden auf die Homepage des Ausschusses gestellt.

Block 1: 75 Minuten

Effizienz und Wirksamkeit in der Entwicklungszusammenarbeit.

Vor und Nachteile bilateraler und multilateraler EZ.

Gerade vor dem Hintergrund des jüngst in Busan zu Ende gegangenen High Level Forums zum Thema „Aid Effectiveness“ gilt es Bilanz zu ziehen und der Frage nachzugehen, wie wirksam und effizient sind bilaterale und multilaterale Hilfe. Die Britische Regierung hat im Mai 2011 einen Bericht vorgelegt, in dem Wirksamkeit und Effizienz der multilateralen Hilfe evaluiert wurden. In diesem Block soll versucht werden, eine Bilanz der bilateralen und multilateralen deutschen EZ im Hinblick auf die Verpflichtungen von Paris, Accra und Busan zu ziehen. Die Evaluationsergebnisse des DFID sind hoch umstritten, können an dieser Stelle aber kritisch mit einbezogen werden. Dabei soll auch untersucht werden, inwieweit eine kohärente Entwicklungszusammenarbeit auf europäischer Ebene unterstützt oder konterkariert wird.

Sachverständige:

- 1) Prof. Dr. Helmut Reisen (OECD)
- 2) Tobias Hauschild (Oxfam)
- 3) Dr. Stephan Klingebiel (DIE)

Block 2: 45 Minuten

Quotierung der Entwicklungszusammenarbeit.

Flexible Quoten oder feste Quoten, wie erreichen wir mehr für die Menschen?

In diesem Block soll der Frage nachgegangen werden, ob eine Quotierung (bi-/multilateral) der EZ in Anbetracht der Ergebnisse zur Wirksamkeit und Effizienz von bi- und multilateraler Hilfe und in Anbetracht der Tatsache, dass jede Form ihre besonderen Stärken aber auch Nachteile hat, zur Umsetzung der Ziele der Entwicklungszusammenarbeit beitragen kann. Gibt es einen „idealen Mix“ und anhand welcher objektiven Kriterien lässt sich dieser festmachen? Oder sollte grundsätzlich situationsbedingt entschieden werden und welche Kriterien sind hierfür ausschlaggebend?

Sachverständige:

- 1) Dr. Thomas Fues (DIE)
- 2) Dr. Klaus Schilder (Global Policy Forum Europe)

Öffentliche Anhörung zum Thema:

**"Die Vor- und Nachteile von bilateraler und multilateraler
Entwicklungszusammenarbeit"**

Beginn der Sitzung 11.00 Uhr

Die Vorsitzende: Ich eröffne die öffentliche Anhörung und begrüße zunächst einmal alle anwesenden Sachverständigen. Außerdem heiße ich die Gäste auf der Tribüne herzlich willkommen und wünsche Ihnen eine interessante Anhörung. Als letztes begrüße ich die Kolleginnen und Kollegen aus dem AwZ und die Bundesregierung, die durch unsere parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, Gudrun Kopp, vertreten ist.

Meine Damen und Herren, es besteht ein parteiübergreifendes Einvernehmen darüber, dass die MDGs zu erreichen sind und auch die ODA-Quote zu schaffen ist. Der größte Teil der Kolleginnen und Kollegen hat damals den entsprechenden Appell unterschrieben. Aber es ist kein Geheimnis, dass die Parteien über den Sinn und den Weg der Methodik unterschiedlicher Auffassung sind. Ganz besonders deutlich wird dies bei der Entwicklungsfinanzierung. Im Koalitionsvertrag hat man sich auf zwei Drittel bilateral und ein Drittel multilateral geeinigt, da man sich dadurch mehr Gestaltungsmöglichkeiten und einen größeren Wirkungsgrad der eingesetzten Haushaltsmittel 2011 erhofft hat. Der Anteil bilateraler EZ beträgt 61 Prozent und soll bis Ende 2012 auf 63 Prozent angewachsen sein. Momentan wird Budgethilfe hinsichtlich Europa sehr intensiv diskutiert. Ich will aufgrund der knappen Zeit nicht näher darauf eingehen, aber es wird für uns interessant sein, mit welchem Ansatz wir nach Ansicht der hier anwesenden Sachverständigen mehr Chancen haben, unsere Ziele hier zu erreichen. Das versuchen wir, mit dieser Anhörung herauszufinden.

Zu Beginn möchte ich noch auf einige organisatorische Dinge hinweisen: Die Anhörung ist in zwei Blöcke eingeteilt. Im ersten Block wird es um die Effizienz und Wirksamkeit in der EZ gehen, mit Blick auf die Vor- und Nachteile bilateraler und multilateraler EZ. Hierzu stehen die Sachverständigen Prof. Dr. Helmut Reisen von der OECD, Herr Tobias Hauschild von Oxfam und Herr Dr. Stephan Klingebiel vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, DIE, zur Verfügung. Im zweiten Block geht es um eine Quotierung der EZ, vor dem Hintergrund flexibler oder fester Quoten. Hier stehen Dr. Thomas Fues von der DIE und Herr Dr. Klaus Schilder vom Global Policy Forum Europe zur Verfügung. Den Sachverständigen sollten jeweils fünf Minuten für ihre Eingangsstatements einhalten, und ich möchte Sie herzlich bitten, diese Zeit einzuhalten. Danach schließt sich die Fragerunde mit drei Minuten für die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses an. Ich bitte die Damen und Herren Abgeordneten, bei ihrer Fragestellung zu sagen, an wen die Frage gerichtet ist. Ich eröffne die erste Runde und gebe das Wort an Prof. Dr. Reisen.

Prof. Dr. Helmut Reisen (Head of Research, OECD): Vielen Dank für die Einladung des Ausschusses zu dieser Anhörung. Sie haben unsere schriftlichen Ausführungen im Vorfeld

erhalten und gelesen, und dementsprechend werde ich mich auf einige Kernaussagen konzentrieren.

Die Abwägung zwischen bilateral und multilateral ist eine Abwägung zwischen dem Wunsch der Geber nach mehr Kontrolle, Sichtbarkeit, Verantwortung und positiven Wirtschaftseffekten, und das spricht für einen höheren bilateralen Anteil. Dagegen kann ein höherer multilateraler Anteil positive Größen oder Skaleneffekte der Ballung von Know-how und Ressourcen reflektieren. Er kann bessere Präsenz vor Ort erreichen als ein bilateraler Geber, und es gibt auch Vorteile bei der Bedienung regionaler und globaler öffentlicher Güter. Das ist die grundsätzliche Abwägung, die die Politik treffen muss. Deutschland muss sich mehr denn je entscheiden, ob es dem Wunsch nach mehr bilateralen Hilfen nachgeben will. Die Alternative wäre, stärker pro aktiv auf die multilateralen Institutionen einzuwirken, als das bisher der Fall ist. Wenn man das schafft, dann hat das eine höhere Kongruenz der eigenen entwicklungspolitischen Ziele bei den multilateralen Institutionen zur Folge.

Die Nachfolgediskussion um die Millenniumsziele sollte genutzt werden, um im multilateralen EZ-Bereich eine stärkere Zusammenführung von Kompetenz und Haftung zu erzielen. Ich selber spreche gerne vom multilateralen Geberchaos, was man beobachten kann. Wir haben schleichende Mandatsaneignungen und Doppelungen. Als zum Beispiel die Nahrungsmittelkrise vor drei, vier Jahren ausbrach, gab es 44 Institutionen, die sich in Bern trafen und die alle gewarnt hatten. Aber keiner hatte vom anderen etwas mitbekommen, weil es eben 44 waren. Also hier gibt es ineffiziente Doppelungen im multilateralen Bereich.

Man sieht das auch deutlich bei den G20. Dort gibt es ein Hauen, Stechen und Buhlen zwischen den multilateralen Institutionen um Mandatierungen durch die G20, was wahrscheinlich der Politik häufig entgeht. Aus der Innensicht sieht man jedoch sehr deutlich, dass es hier starken Bedarf gibt, eine höhere Effizienz durch klare Rollenzuteilung zu erzielen, und da bieten sich die Millenniumsziele an. Wenn man ein wenig auf die Fakten schaut, dann sieht man, dass Deutschland sich mit seinem Anteil von gut ein Drittel multilateraler Hilfen im Durchschnitt bewegt. Hierbei muss man die Amerikaner aus dem DAC-Durchschnitt raus rechnen, die sind mit lediglich 12 Prozent multilateraler Hilfe die bösen Buben. Bei uns sind es etwa 34 bis 35 Prozent, das entspricht dem Anteil unserer Peergruppe, bestehend aus Frankreich, Großbritannien und den DAC-Durchschnitt. Deutschland fällt hier also keineswegs aus der Rolle.

Wenn man sich die empirischen Studien anschaut und nicht den DAC-Peerreview, der einen politischer Prozess darstellt, dann sieht es so aus, dass die bilaterale deutsche Hilfe relativ mäßig bewertet wird, was Effizienz und Wirksamkeit betrifft. Die Studien basieren auf Daten der letzten zehn Jahre und vergleichen Effizienz und Wirksamkeit der Deutschen Entwicklungshilfe mit denen ausgesuchter multilateraler Institutionen. Da habe ich Tabellen aufgestellt, und Sie können das entsprechende Ranking erkennen. Die Weltbank kommt

immer besonders gut weg, was damit zusammenhängen mag, dass die Autoren dieser Studien alle bei der Weltbank gearbeitet haben oder noch arbeiten. Insofern mag das auch prägend gewirkt haben auf das, was als optimal empfunden wird. Die deutsche bilaterale Hilfe ist in den Bereichen Effizienz, Armutsorientierung, administrative Belastung der Partnerländer und Verzicht auf Lieferbindung schwächer aufgestellt als die drei großen multilateralen Institutionen, Weltbank, EU und Vereinte Nationen. Die deutsche bilaterale Hilfe ist bei der Politikqualität ihrer Partnerländer, also der Ausrichtung auf Governance und Institutionenbildung, neudeutsch „Ownership“, den multilateralen Institutionen ebenbürtig oder überlegen.

Zwei Herausforderungen an die multilaterale Hilfe sind das bereits angesprochene Geberchaos und der Ansatz der Schwellenländer, die sehr stark bilateral aufgestellt sind, wie die Türkei und besonders China. Auch das zwingt zum Umdenken. Ich denke, wir brauchen für die multilaterale Hilfe nicht so etwas, was die Engländer mit einer vom DFID in Auftrag gegebenen aktuellen Studie, die auch sehr politisch ist, vorgelegt haben. Wir müssen vielmehr die Rechnungshöfe fragen, wie das die Engländer 2005 gemacht haben. Die neue Studie der Engländer zitiert diesen nicht mehr, obwohl da ganz klar herausgearbeitet wurde, wo es Mandatsverschiebungen, Mandatsüberschneidungen und Effizienzverluste gibt. Wir müssen die Patronage zwischen Ministerien und multilateralen Institutionen durchbrechen, und das können wir nur, wenn wir die Rechnungshöfe beauftragen und das Ganze möglichst hoch ansiedeln. Vielen Dank für Ihre Geduld.

Tobias Hauschild (Oxfam Deutschland e.V.): Ich will die Frage von Wirksamkeit multilateraler und bilateraler Hilfe in die Frage von Paris und Accra einbetten. Was verlangt also die internationale Diskussion über die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit in Bezug auf diese beiden Modalitäten oder Instrumente? Um das einordnen zu können, ist es wichtig, sich noch mal in Erinnerung zu rufen, woran es eigentlich in den vergangenen Jahren Kritik in der EZ gab und eigentlich immer noch gibt. Da sind aus meiner Sicht vor allem drei Dinge hervorzuheben. Es gab in der Vergangenheit, und es gibt immer noch eine starke Fokussierung auf Projekte, oftmals beschrieben als „Projektitis“. Es gibt viele unterschiedliche EZ-Ansätze mit unterschiedlichen Verfahren durch eine Vielzahl von Gebern, und daraus entstehen häufig hohe Transaktionskosten, die für die Verwaltung der Partnerländer zu einer großen Belastung werden können. Ich möchte das kurz mit Zahlen illustrieren: Laut OECD-DAC haben wir es mittlerweile mit über 70 bilateralen Gebern zu tun, mehr als 200 internationale Organisationen, Fonds und Programme sind in die internationale EZ involviert. Es gab im Jahr 2008 eine OECD-Evaluierung, die besagt, dass in 55 Ländern insgesamt 14 000 Gebermissionen pro Jahr stattfanden. So sind allein in Uganda 58 Geber tätig. Wenn man sich die Größe von Programmen anschaut, kann man feststellen, dass die

durchschnittliche Größe eher sinkt. Das heißt, dass immer mehr Geber im Durchschnitt kleinere Gelder an die Länder geben, was letztendlich für die Partnerseite eine erhebliche Belastung bedeutet. Wir haben es in den Partnerländern mit Verwaltungssystemen zu tun, deren Kapazitäten trotz Verbesserungen schwach sind, und insofern gilt es in der EZ darauf Rücksicht zu nehmen. Wenn man sich die Paris-Erklärung von 2005 anschaut und den darauffolgenden Accra-Aktionsplan von 2008, ist eines der Ziele die kostspielige Fragmentierung der EZ zu verringern. Dabei werden vor allen Dingen eine verbesserte Arbeitsteilung zwischen Gebern und eine größere Komplementarität der Maßnahmen genannt. Über das Verhältnis zwischen bilateralen und multilateralen Gebern wird hier nicht direkt gesprochen. Es gibt zum Beispiel keine bestimmte Zuteilung von Aufgaben oder bestimmte Aussagen dazu, was bilaterale Geber an multilaterale Geber geben sollten. Nichts destotrotz lassen sich aus den Prinzipien der Accra-Agenda Schlussfolgerungen ziehen, die auch für die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit wichtig sind. Ich bin der Überzeugung, dass Multilateralismus einer Fragmentierung entgegenwirken kann. Wenn ein Partnerland nur noch mit einem Geber zu tun hat, fällt eine Interaktion mit einer Vielzahl von bilateralen Gebern weg. Wenn Geber ihre bilateralen Mittel stärker bündeln und fähige multilaterale Organisationen diese implementieren, dann dürfte auf der Empfängerseite ein Vorteil insofern entstehen, weil Verwaltungskosten sinken. Dabei besitzen multilaterale Mechanismen letztlich Größenvorteile und so können größere Geldmengen gebündelt und finanzielle Ressourcen nur über einen Geber implementiert werden. Es gibt einen zweiten wichtigen Vorteil von multilateralen Gebern im Kontext der Paris-Erklärung. Im Zuge der Arbeitsteilung zwischen den Gebern besteht durchaus die Gefahr, dass sogenannte „aid orphans“ entstehen, weil Geber sich aus bestimmten Ländern zurückziehen und dort dann bestimmte Sektoren nicht mehr finanziell unterstützt werden. Hier spielen aus meiner Sicht multilaterale Mechanismen eine ganz wichtige Funktion insofern, weil sie in den meisten Ländern vertreten sind und weiterhin Möglichkeiten der Unterstützung bestehen, zum Beispiel kann die deutsche EZ über multilaterale Organisationen diese Länder weiter unterstützen. Die Konsequenz daraus ist, dass Erfolg versprechende multilaterale Initiativen in Kernbereichen der Armutsbekämpfung verstärkt gefördert werden sollten und Unterstützung verdienen.

In Bezug auf die bilaterale EZ gibt es aus der Paris-Agenda das Postulat, sich ebenfalls stärker im multilateralen Rahmen zu bewegen. Was ist damit gemeint? Die Paris-Erklärung verlangt Arbeitsteilung, Abstimmung und gemeinsames Gebervorgehen, und im Zentrum dieser Debatte stehen häufig die sogenannten Programmorientierten Ansätze, wo ein vom Partnerland geführtes Programm durch die Geber unterstützt wird. Das kann in Form einer Korbfinanzierung, durch allgemeine oder sektorale Budgethilfe geschehen, aber auch durch Beratungsleistungen, die zur Umsetzung eines solchen Programms beitragen. Wie gesagt, das erfordert eine neue Dimension von Abstimmung und Zusammenarbeit unter den Gebern

und ein einheitliches Vorgehen und gemeinsamen Dialog. Das sind alles Elemente, die ursächlich auch für die multilaterale Unterstützung von Initiativen gelten. Insofern gilt gemäß der Accra-Agenda, die deutsche bilaterale EZ stärker mit anderen Gebern abzustimmen, quasi einen multilateralen Rahmen zu geben. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass man die Ergebnisindikatoren aus der Paris-Erklärung nicht außer acht lässt. Bis 2010 sollten ungefähr 66 Prozent der bilateralen EZ-Mittel in Programmorientierten Ansätze fließen. Deutschland lag 2010 nur bei 33 Prozent, ist damit knapp unter dem Durchschnitt der Geber und sollte sich dementsprechend in Zukunft zum Ziel setzen, diese Ansätze auszuweiten.

Dr. Stephan Klingebiel, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE): Ganz herzlichen Dank zunächst für die Einladung, hier mitwirken zu dürfen. Ich möchte in meiner Redezeit auf vier Punkte zu sprechen kommen. Erstens: Die Begriffe bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit legen zunächst nahe, dass wir ein relativ einfaches zweigeteiltes Entwicklungszusammenarbeitssystem haben. Ich denke, das ist letztlich nicht so. Wir haben es in der Realität mit einer viel größeren Komplexität mit vielen Zwischen- und Sonderformen von bilateraler und multilateraler Entwicklungszusammenarbeit zu tun. Ich möchte dafür zwei, drei Beispiele nennen. Wenn Sie sich ansehen, was an Mitteln von einzelnen Gebern über multilaterale Akteure zur Verfügung gestellt wird, so ist das zunehmend zweckgebunden. So implementieren multilaterale Akteure für bilaterale Geber, was zu einer Bilateralisierung der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit führt. Diese Vorgehensweise ist im Spektrum zwischen bi- und multilateral einzuordnen. Ein anderes Beispiel, auf das ich später nochmals eingehen werde, ist die Entwicklungszusammenarbeit der EU-Institutionen. Auch das ist ein Ansatz, der eigentlich nicht typischerweise zur multilateralen Entwicklungszusammenarbeit gerechnet werden kann. Ein drittes Beispiel sind die verschiedenen Zielmarken, die wir über die internationale Ebene durch Verhandlungen im G8-Rahmen etc. bekommen. Diese führt umgekehrt dazu, dass bilaterale EZ immer stärker vorab zweckbestimmt ist. Ich glaube, wir haben es eher mit einem Kontinuum von bi- zu multilateraler Entwicklungszusammenarbeit zu tun als mit einem zweigeteilten System. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage der Quotierung ein Drittel oder zwei Drittel in einem ganz anderen Licht dar.

Zweitens: Die Sichtweisen auf multilaterale Entwicklungszusammenarbeit ganz verkürzt bewertend, würde ich von zwei Interpretationsmöglichkeiten sprechen. Die eine ist, dass wir es multilateral mit einem sehr fragmentierten, wenig effizienten und auch wenig wirksamen EZ-System zu tun haben. Die andere ist, dass wir letztlich so etwas wie den „Patchwork Approach“ brauchen und es natürlich Überlappungen von Mandaten etc. gibt, aber man so etwas angesichts der Komplexität in Partnerländern braucht. Ich glaube, dass die Diskussion von Vor- und Nachteile, von Stärken und Schwächen multilateraler EZ schon seit Jahrzehnten

geführt wird. Ich will die alten Argumente gar nicht wieder aufgreifen. Mir sind aber zwei Punkte wichtig, die man eher unter einer neuen Perspektive sehen sollte. Der erste Punkt ist, dass eigentlich die Partnerseite, also die Wirksamkeitsseite, der zentrale Ausgangspunkt für eine Bewertung des Systems sein muss. Wenn ich die Partnerseite oder die Wirksamkeit wegnehme, stellen sich viele Fragen in der Kategorie bi- und multilaterale Zusammenarbeit nicht, sondern es ist die Frage der Fragmentierung des Systems an sich und seiner einzelnen Akteure. Fragen nach EZ-Modalitäten, die Nutzung von Partnersysteme oder ob bestimmte Geber dem eher Rechnung tragen oder nicht, sind dann relevant. Somit ist die Frage bi- oder multilateral immer implizit mit drin, aber nicht die handlungsleitende Frage. Der zweite wichtige Punkt ist die Sichtbarkeit, was gerade bei der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit oft als Qualitätsmerkmal gesehen wird. Das ist sicherlich in Teilen auch so, aber ich möchte gerade aus dieser Länderperspektive hervorheben, dass Partnerländer und dort vertretene andere Geber EZ stärker an anderen Qualitätsmaßstäben orientieren. Wie stark ist man harmonisiert? Wie stark verzichtet man auf das eigene bilaterale Projekt und integriert sich in Partnersysteme. Sichtbarkeit würde ich heute anders definieren, als das vielleicht vor 10 oder 15 Jahren noch der Fall war.

Drittens: Die Entwicklungszusammenarbeit ist nicht nur aus europäischer und deutscher Sicht bei der EU und ihren Institutionen enorm wichtig. Umso wichtiger ist es, dass die EU im Gesamtsystem besser verortet wird. Ich will nur daran erinnern, dass der OECD-DAC die EU-Institutionen schon seit vielen Jahren nicht zum klassischen Bereich multilateraler Entwicklungszusammenarbeit zählt, weil die EU als Supranationaler Mechanismus ein Sonderfall ist. Ganz kurz drei Punkte, die mir da wichtig sind. Zum einen stellen die EU-Institutionen selber den Partnern Mittel zur Verfügung. Zum zweiten führen sie an multilaterale Institutionen Mittel ab. Zum dritten, und das spüren wir nicht nur auf internationaler, sondern auch auf Partnerländerebene, tritt die EU für uns mit in Erscheinung und verhandelt für uns mit. Somit ist die EU kein typischer multilateraler EZ-Akteur.

Und damit verzichte aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf meinen vierten Punkt.

Die Vorsitzende: Ich danke den Sachverständigen für Ihre Ausführungen. Es besteht durchaus die Gelegenheit bei den Antwortrunden das eine oder andere zu erwähnen, was bisher keine Berücksichtigung gefunden hat. Ich bitte jetzt die Kolleginnen und Kollegen um ihre Fragen.

Abg. Harald Leibrecht (FDP): Es geht heute eigentlich nicht darum, ob die bilaterale Hilfe abgeschafft wird, oder ob wir uns nur bilaterale Entwicklungszusammenarbeit leisten, sondern es geht um die richtige Gewichtung. Es kommt im zweiten Teil natürlich die prozentuale Gewichtung, aber tatsächlich ist es doch wichtig und Sie, Herr Klingebiel, haben es gerade im

Schluss noch angesprochen, dass die Sichtbarkeit besteht. Wir müssen gegenüber dem Steuerzahler rechtfertigen, wie wir die Gelder am sinnvollsten einbringen und anwenden. Da können natürlich bilaterale Projekte eine wichtige Rolle spielen, wobei die Bundesregierung und auch die Koalition sich sehr bewusst sind, dass multilaterale Hilfe nach wie vor eine ganz wichtige Rolle spielt. Wir wollen uns hier nicht rausziehen, sondern im Gegenteil, die ursprüngliche Idee war, dass das Budget insgesamt aufwächst und der Aufwuchs dann hauptsächlich in die bilaterale Zusammenarbeit fließt und weniger in die multilaterale. Gewichtung findet nicht durch irgendwelche Einsparungen statt, sondern durch einen Aufwuchs im Budget. Hier tun wir uns aber schwer, obwohl wir natürlich froh sind, dass der Haushalt insgesamt in den letzten Jahren angewachsen ist. Wir alle hier im Saal sind häufig vor Ort, schauen uns Projekte an und manchmal muss man sehr schnell handeln. Deshalb geht auch die erste Frage an alle, ob es nicht auch von Vorteil ist, dass man bei bilateraler Hilfe, wenn eine Katastrophe ansteht, relativ schnell handeln kann. Ich sehe aber auch den Zwang, dass man mit größeren Organisationen zusammenarbeitet, um effektiver zu sein. Jetzt steht bilateral gegen multilateral. Was ist hier besser, oder kann eine Mischung aus beidem effektiver dazu beitragen, dass man im Katastrophenfall oder da, wo rasche Hilfe notwendig ist, wesentlich schneller zu handeln? Wie können wir maßgeschneiderte Projekte für spezielle spezifische Länder schneiden? Es ist ja so, wir wollen keine allgemeine EZ machen, nach ein und demselben Zuschnitt, sondern jedes Land bedarf einer ganz eigenen Gewichtung. Ich habe manchmal die Befürchtung, dass viele Projekte untergehen und man nur sehr viel Geld in ein Land hineinpumpt, wenn wir zu sehr über die multilateralen Organisationen, wie die EU oder die Vereinten Nationen gehen. Deutschland arbeitet im Moment noch mit über 70 Ländern zusammen. Bald werden es etwas über 50, weil hier reduziert wird. Aber mit diesen etwa 50 Ländern wollen wir natürlich auch sehr viel effektiver zusammenarbeiten. Ist es dann nicht sinnvoller, dass sich die Länder untereinander besser koordinieren und sagen, wir machen zwar bilaterale Projekte, die aber insgesamt multilateralen Kontext haben und deshalb müssen sie ineinander greifen wie Zahnräder? Nicht jeder sollte sein eigenes Süppchen kochen, sondern jeder kann eigene Projekte haben, aber es muss in ein gesamtes Projekt hineinpassen. Ich glaube, dann wäre auch sehr viel mehr Sympathie für bilaterale Projekte da.

Abg. Uwe Kekeritz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Vorsitzende, Sie haben mit der Aussage eingeleitet, dass es unterschiedliche Auffassungen in den Parteien gibt über Sinn der multilateralen und bilateralen Politik. Das ist richtig, und es steht im Koalitionsvertrag drin, dass der Wirkungsgrad der eingesetzten Haushaltsmittel erhöht werden soll. Ich finde eine feste Quote im Grunde realitätsfern, und wenn ich mir Herrn Minister Niebel anhöre, scheint es da in der letzten Zeit auch einen Erkenntnisprozess gegeben zu haben. Jetzt ist nur noch die Frage,

wann diese objektive Erkenntnis auch bei der Regierung ankommt und zu irgendwelchen Konsequenzen führt. Es steht doch außer Zweifel, dass sowohl bilaterale als auch multilaterale Entwicklungszusammenarbeit Sinn machen. Eine feste Quotierung ist hingegen schlichtweg kontraproduktiv, weil sie offensichtlich nicht die notwendige Flexibilität hat. Das ist für mich eine ganz große Frage. Wir diskutieren dieses Thema jetzt seit Jahren, und die Wissenschaft strengt sich an, Auswege zu finden aus dem Dilemma, indem sie Vorschläge macht, wie man diesen oder jenen Sachverhalt neu definiert, um dieses Quotenkonstrukt zu erfüllen. Ich verstehe das ehrlich gesagt nicht, warum so etwas überhaupt abläuft. Kann es sein, dass hinter dieser Konstruktion bi und multi einfach Interessen stehen, und sich die Wissenschaft, die NGO-Szene und die Bundesregierung einfach weigern, dies anzuerkennen? Ich denke, das müsste mal in den Vordergrund gestellt werden. Es kann doch nur um sinnvolle effiziente Zusammenarbeit gehen, und die hängt nicht daran, wie das Geld jetzt definiert ist, bilateral oder multilateral.

Ich habe ganz konkrete Frage an Sie, Herr Prof. Reisen. Sie haben einen konkreten Vorschlag gemacht. Es sollte eine Landkarte mit dem Ziel erstellt werden, komparative Vorteile der jeweiligen multilateralen Organisationen für genau spezifizierte globale und regionale Aufgabenbereiche festzustellen. Ich halte das für eine gute Sache. Sie machen aber dann auch den Vorschlag, dass dies der Bundesrechnungshof machen sollte. Wenn wir von multilateralen Organisationen sprechen, wäre es da nicht sehr viel sinnvoller, dass die OECD so etwas durchführt? Ich glaube außerdem, dass der Bundesrechnungshof auf dem Gebiet wenig Kompetenz hat und er sich diese erst einkaufen müsste. Bei Ihnen ist sie schon vorhanden. Sie fordern auch, Kompetenz und Haftung zusammen zuführen. Multilaterale Organisationen haben sehr häufig normative Funktionen und Standardsetzungen. Wie wollen Sie tatsächlich eine Prüfung der Ergebnisse durchführen? Was wollten Sie mit der Aussage „Kompetenz und Haftung zusammenführen“ ausdrücken?

An Herrn Hauschild, Sie plädieren für mehr Programmbasierte Ansätze, und das kann ich noch nachvollziehen. Sie wollen vor allem auch mehr Budgethilfe, um die bilaterale EZ zu „multilateralisieren“. Sie haben dies kurz angesprochen, dass dieses über Korbfinanzierung möglich sein könnte. Zunächst einmal ist eine Budgethilfe aber nichts anderes als klassische bilaterale EZ. Wo ist da der Widerspruch oder wie ist dieser Widerspruch aufzulösen?

Abg. Annette Groth (DIE LINKE.): Ich gehöre zu denen, die schon mindestens 30 Jahre in diesem Geschäft in unterschiedlichen Positionen tätig sind, und ich muss ehrlich sagen, dass es frustrierend ist. Vor 10 oder 20 Jahren habe ich schon dieselben Diskussionen gehabt, mit dem Unterschied, dass heute wesentlich mehr Geld in dieser ganzen Aid-Industrie ist. Es ist mittlerweile sehr lukrativ geworden, dort zu arbeiten. Wenn man das mit den Löhnen in Deutschland oder anderswo vergleicht, ist ein Job als UN-Consultant wesentlich attraktiver als

irgendein vergleichbarer Job in Deutschland. Armutsbekämpfung, Empowerment oder Self-reliance sind völlig aus dem Blick geraten. Es geht um Effizienz und darum, die Märkte zu öffnen, wie Herr Niebel das neulich mit dem Fallschirmöffnen gesagt hat. Ich muss ehrlich sagen, wenn man die Bilanz nach 30, 40 oder 50 Jahren Entwicklungshilfe sieht, dann ist das ein sehr düsteres Bild. Was tun?

Eine oder zwei Fragen an Herrn Prof. Reisen. Sie sagten, man müsse pro aktiv auf Multilaterale einwirken. Wie stellen Sie sich das vor? Es wäre sehr unpopulär und ist sicherlich eine sehr provokative Frage: Ist ein Einfrieren der Löhne denkbar? Ich kenne doch die UN-Gehälter, ich habe selber für die UN gearbeitet und weiß, dass so etwas unwahrscheinlich ist. Ich war gerade mit Niebel in Myanmar und Laos. Wenn jetzt in Myanmar sämtliche Geber dieser Welt sich darauf stürzen und natürlich auch lokale Partner brauchen, dann räumen die den ganzen Markt gut ausgebildeter Burmesen ab mit der Zahlung guter Löhne. Für die Regierung und die anderen ist dann nichts mehr übrig. Wie kann man da einwirken?

Nochmals an Sie, Prof. Reisen, und auch an Sie, Herr Hauschild. Welche Alternativen gibt es zu dem Geberchaos? Sie haben das hervorragend aufgelistet, und da wird es einem schwindelig. Wenn ein Minister in einem Land, wie Sie, Herr Hauschild, schreiben in Malawi schon gar nicht mehr weiß, was es alles für Geberaktivitäten gibt, dann zeigt das die wahnsinnig große Belastung der Partner. Ich weiß, es wird auch total ausgedünnt. Kleine Organisationen und NGOs, die hervorragende Arbeit bei der Armutsbekämpfung, im Bildungsbereich, für Frauen usw. machen, haben eigentlich gar keine Chance mehr. Die unglaubliche administrative Belastung können sie nicht übernehmen und von daher fallen sie alle raus.

Eine letzte Frage an Herrn Klingebiel, im Hinblick auf die EU-Entwicklungszusammenarbeit. Der EU-Entwicklungshilfekommissar, den nenne ich jetzt mal so, ist mit uns in Myanmar gewesen, mit einem Koffer 150 Millionen US-Dollar. Da wird anscheinend kein „need assessment“ mehr gemacht, da wird einfach nur noch so verteilt, und das kann es doch wohl nicht sein.

Abg. Karin Roth (SPD): Zunächst möchte ich Ihnen allen für die wunderbaren Gutachten danken, die uns dazu führen, die Diskussion zu versachlichen. So können wir uns darauf konzentrieren, was die Schwächen sind und was wir als Deutsche, aber auch als Europäer und natürlich im gesamten internationalen Konzert tun müssen, Veränderungen herbeizuführen, um die Wirksamkeit und Effizienz zu organisieren. Hier ist das Stichwort Transaktionskosten bei den Partnerländern genauso wie bei uns. Gleichzeitig danke ich dafür, dass Sie auch schon Antworten gegeben haben. Wenn man Ihre Papiere liest, sieht man eigentlich, dass die im Koalitionsvertrag festgelegte Quote ziemlich Unsinn ist und auch nicht der Wirklichkeit entspricht. Herr Hauschild, Sie haben gesagt, es gibt die Paris-Erklärung

und die hat offensichtlich einen gemeinsamen Konsens gehabt. Da waren alle dabei, ich glaube auch die Bundesregierung, als dort Dinge festgelegt wurden, wie zum Beispiel bis 2010 eine gemeinsame Programmierung zu organisieren. Wenn wir nicht in der Lage sind, 66 Prozent unserer Programmmittel so zu organisieren sondern nur 33 Prozent, dann geht das erst mal an uns zurück, weil wir internationale Versprechen nicht einhalten. Das finde ich im Zusammenhang mit Zuverlässigkeit eine schlechte Note.

Unabhängig davon, Herr Professor Reisen, dass wir ansonsten auch in vielen Punkten nicht so gute Noten haben, wie Sie ausgeführt haben, ist das einfach eine schlechte internationale Performance. Das können wir uns eigentlich politisch nicht leisten, und es sind jetzt andere Zeiten als vor 10 und 15 Jahren. Ich bin zum Beispiel sehr froh, Herr Dr. Klingebiel, dass wir im Bereich der Europäischen Union gerade eine Diskussion über die EZ im Wandel haben und welche Instrumente genutzt werden, Budgethilfe, sektorale Budgethilfe und auch Programmierung. Dort sind wir weiter und vielleicht werden wir in Deutschland mit Hilfe der Europäischen Union auch besser bei unseren nationalen Überlegungen.

Deshalb meine Fragen an Sie, Herr Dr. Klingebiel. Wie schätzen Sie die Vorlage der Europäischen Union ein, die Sie auch in Ihrem Papier beschrieben haben? Könnte sie dazu führen, dass zumindest innerhalb der Europäischen Union mehr Kohärenz vorhanden ist und mehr gemeinsame Programmierung stattfindet? Könnte das eine Zwischenstufe sein zur ganz schwierigen multilateralen Koordinierung und Verbesserung?

Herr Prof. Reisen, mein Kollege Kekeritz hat diese Frage nach der Landkarte bereits gestellt. Jetzt meine Frage an Sie, wenn es ist so ist, dass wir schon seit langer Zeit wissen, dass die bilateralen und multilateralen Geber so fragmentiert sind, gibt es irgendwo bei der OECD oder auch an einer anderen Stelle Überlegungen, diese Fragmentierung inhaltlich so aufzulösen, dass dadurch zwar die entwicklungspolitischen Ziele nicht verloren gehen und die Aufgaben auch nicht? Wer müsste das machen, wer könnte da vorangehen, welche Organisationseinheiten müssten sich hier engagieren? Ich glaube, wir reden sonst noch in 20 Jahren darüber und helfen den Entwicklungsländern nicht, weil wir uns mit dieser Fragmentierung auch irgendwie eingerichtet haben. Nicht nur wir, sondern auch alle anderen Länder.

Eine komplizierte Frage an Sie, Herr Hauschild, die aber trotzdem wichtig ist. Führt diese gemeinsame Programmierung der Länder, die in der Paris-Erklärung vorgesehen ist, nicht zu einer Bilateralisierung der multilateralen Hilfe? Was sind die Vorteile und was könnten die Nachteile sein? Wenn es so ist, dass etwa die freiwilligen Beiträge in den multilateralen Organisationen und die zweckgebundenen Beiträge den Großteil der Finanzen ausmachen, wie viel Spielraum bleibt dann noch für den multilateralen Bereich, eine Programmierung durchzuführen? Müssten wir nicht zu einer neuen Finanzarchitektur der multilateralen Organisationen kommen?

Abg. Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU): Ich komme noch einmal zurück auf den Ursprung dieser Anhörung. Sie wurde nämlich gleich nach der Regierungsbildung von der Opposition beantragt im Hinblick auf den Koalitionsvertrag und nach dem Motto „Lass‘ uns da mal wieder ordentlich drüber reden, obwohl wir eigentlich schon wissen, was dabei herauskommt.“ Ja, Herr Kollege Kekeritz, wir haben es als Zielgröße geschrieben, aber wir wissen, dass wir die Zielgröße nicht erreichen, weil wir natürlich an diesen internationalen Zusagen hängen, wie alle anderen auch und das schon seit Jahren und Jahrzehnten. Wenn ich mir das alles anhöre, dann eint uns im Prinzip eines, nämlich dass wir Vorteile bei der bilateralen und multilateralen genauso sehen wie die jeweiligen Nachteile. Mich persönlich ärgert manchmal vor Ort, dass wir Hilfe leisten, aber nicht erkennbar sind, nach dem Motto: „Ihr seid zwar Europa, aber Europa hilft uns und ihr nicht.“ Die Empfängerländer können das unter Umständen gar nicht voneinander unterscheiden, was genau von wem gemacht wird. Ich sehe ein sogenanntes Geberchaos auch bei den Multilateralen. Es gibt über 250 multilaterale Organisationen, da sind zum einen die UN-Organisationen und dann gibt es noch viele andere Organisationen. Von den privaten Gebern, die zum Teil alle mehr oder weniger dasselbe anbieten, will ich gar nicht erst reden. Wir haben das Phänomen der Überlappung beim jeweiligen Angebot vor Ort auch bei den Multilateralen. Das fängt bei der gegenseitigen Konkurrenz an und geht bis „Ich kann es besser!“-Attitüden und ähnliches. Ich würde mir wünschen, dass wir bei unseren Vereinbarungen bei Kohärenz, Arbeitsteilung und was die Paris-Erklärung in dem Zusammenhang enthält, sowie auf multilateraler und bilateraler Arbeitsebene darauf bestehen, besser zusammenzuarbeiten. Wie auch immer wir das hinbekommen, aber mich ärgert, dass es uns nicht gelingt, weder in der einen noch in der anderen Sache. Die Überlappung von bilateraler und multilateraler haben wir auch in Teilbereichen, in Sektoren. Eines ist natürlich klar, wir haben wunderbare schnelle Mittelabflüsse, wenn wir viel bilateral zusammen machen, denn da müssen wir uns weniger anstrengen. Trotzdem glaube ich, haben wir mit GIZ und KfW Instrumente, die andere nicht haben. Als letztes würde ich mir wünschen, dass wir für die Kapazitäten und Kompetenzen, und die Kollegin Annette Groth hat es bereits gesagt, die in kleinen Organisationen vor Ort arbeiten, einen besseren Schulterschluss zwischen multilateralen Auftraggebern und Durchführungsorganisationen hinbekommen. Im Prinzip geht es nur darum, wie wir besser miteinander sprechen und reden können. Nach bi- und multilateral aufzuschlüsseln und letztendlich zu entscheiden, was besser ist, werden wir in allerletzter Konsequenz vielleicht gar nicht können.

Prof. Dr. Helmut Reisen (Head of Research OECD): Ich konzentriere mich nur auf die an mich gestellten Fragen von Herrn Kekeritz, Frau Groth und Frau Roth. Zunächst mal die Frage nach der Landkarte. Ich habe als kleinen Service und vielleicht zu Ihrem Amusement im

Anhang der schriftlichen Stellungnahme die 280 multilateralen Geberagenturen oder Institutionen aufgeführt. Vielleicht sollte ich mal einen Vorschlag bei den Ravensburger Spielen machen, die dort auftretenden Kürzel als Rätselspiel aufzulegen. Sie werden viele dieser Organisationen überhaupt zum ersten Mal sehen, wenn Sie diese Liste der multilateralen Institutionen durchgehen. Dazu gehört zum Beispiel auch mein Gehalt, das als Hilfe verbucht wird, weil ich bei der OECD im Development Center bin. Die Gehälter der Vereinten Nationen sind übrigens mit Verlaub die miesesten im multilateralen Bereich. Sie sind hoch, aber schlechter als die in Brüssel, Washington oder Paris. Insofern verstehe ich auch Ihren Unmut. Wer soll die Landkarte bereitstellen? Die OECD, genauer das Entwicklungsdirektorat, macht seit 2008 einen multilateral Aid Review. Meines Erachtens war der im Jahr 2008 erschienene der beste, der Autor ist leider nicht mehr da, und die Aid Reviews, die nachgekommen sind, sind weitaus handzahmer. Im Bereich multilaterale EZ wedelt der Schwanz nun einmal mit dem Hund, oder wie wir Ökonomen sagen, wir haben einen riesiges Principal Agent Problem. Wir haben häufig Institutionen mit 10 000 bis 15 000 bestbezahlten Mitarbeitern. Da sind gute „Brains“, die die richtige Public Relation machen und Sie als Geber aus Eigeninteresse an der Nase herumführen. Wir haben eine Aid Industrie mit zwei Millionen Menschen, die davon leben, wenn man die Berater in den Universitäten usw. hier ebenfalls dazu zählt. Insofern muss man sehr aufpassen, wen man mit der Landkartenerstellung betraut. Wenn mein Computer langsam ist, dann muss ich die Festplatte defragmentieren und diese Langsamkeit sehen wir auch bei den Multilateralen, die müssen ebenso defragmentiert werden. Aber wer soll das machen? Wir haben das Problem der Patronage. So hängt das Entwicklungsministerium sehr an der Weltbank und wird versuchen, diese zu schützen. Teilweise gibt es auch Jobs bei der Weltbank für BMZ-Mitarbeiter usw.. Davon muss man wegkommen. Deswegen habe ich den Vorschlag Bundesrechnungshöfe gemacht, weil das für mich noch die unabhängigste Institution ist, die damit umgehen kann. Aber Frau Roth hat natürlich Recht, die müssen sich das Wissen zunächst einmal erwerben. Wir könnten auch Beratungsunternehmen mit reinbringen, die relativ neutral an die Sache rangehen würden.

Das Einfrieren der Löhne passiert übrigens schon, aber auf hohem Niveau. Die Löhne steigen nicht mehr und sind in der Regel an die Beamtengehälter gekettet, insofern passiert da nicht mehr viel. Frau Roth fragte, ob die Fragmentierung auflösbar ist. Die Frage beantwortet sich eigentlich nur über die Beantwortung der Frage, wem Sie das anvertrauen wollen. Wenn Sie das innerhalb des Kreises der Entwicklungspolitik lassen, dann wird meines Erachtens nie etwas passieren.

Frau Groth, Sie fragten nach proaktiver Einflussnahme. Ich gebe einmal ein Beispiel: In der OECD war es so, dass der Direktor der Finanzabteilung lange Jahre am Freitagnachmittag beim Finanzministerium anrief und dann am Montagmorgen zum Generalsekretär ging, um ihm

zu sagen, was dort jetzt gemacht würde, und das wurde dann zum Programm der nächsten Woche. So passierte es bei Corporate Governance und anderem, was in den 90er Jahren hochkam. Das war sehr starke proaktive Beeinflussung einer internationalen Organisation, und das passiert ebenso bei Bretton Woods Institutionen. Hier sehe ich Deutschland häufig sehr reaktiv, und ich denke, dass mit der gewandelten Rolle Deutschlands in diesem Bereich etwas passieren muss. Die deutschen Beamten müssen meines Erachtens Vertrauenspersonen in den internationalen Institutionen haben und sich mit diesen regelmäßig auf wöchentlicher Basis abstimmen. Das würde ich als proaktive Einflussnahme der multilateralen Institutionen sehen und das ist meines Erachtens ein Weg, die Bedenken der Befürworter bilateraler Hilfe im Hinblick auf Multilaterale abzubauen, weil man so eine gewisse Interessensidentität schaffen kann. Dankeschön.

Tobias Hauschild (Oxfam Deutschland e.V.): Zunächst noch mal zu der Frage, inwiefern Budgethilfe bilateral ist bzw. sich multilateralisieren lässt. Im Grunde genommen ist damit gemeint, dass es eine Anforderung an die bilaterale EZ gibt, verstärkt in Gebergruppen vorzugehen und sich abzustimmen, gemeinsame Positionen mit anderen Gebern zu entwickeln und diese zu vertreten. Insofern besteht da natürlich schon eine Komponente von Multilateralismus, es ist kein unilaterales Vorgehen, sondern eine Zusammenarbeit mit anderen Gebern.

Die Frage, was ist nun besser, bilaterale oder multilaterale EZ, kann man so pauschal tatsächlich nicht beantworten. Ich denke, beides hat Vor- und Nachteile. Die Frage ist immer, wie das ganze ausgestaltet ist. Wenn bilaterale EZ gut koordiniert wird, auch mit anderen Gebern, wenn es in der Art und Weise wie ich das vorhin beschrieben habe, bereitgestellt wird und somit auch dazu beiträgt, Programme in den Ländern zu unterstützen, dann ist bilaterale Zusammenarbeit von hohem Wert. Man muss bedenken, dass man gerade bei der Koordination weiter sein wollte, als man jetzt ist, und dementsprechend hakt sie auch an vielen Ecken. Es gibt ein sehr schönes Beispiel aus dem Bildungsbereich in Burkina Faso. Dort sind unter dem Motto Arbeitsteilung verschiedenste Geber aus dem Land abgezogen, und letztendlich bestand im Bildungsbereich auf Sektorebene eine Unterfinanzierung. Ich glaube, hier besteht gerade der Wert multilateraler Initiativen. Es gibt zum Beispiel die Global Partnership for Education, durch die solche Defizite ausgeglichen werden können. Wenn diese Initiativen nicht da wären, dann wäre die Unterfinanzierung noch viel größer oder Lücken könnten nicht geschlossen werden.

Noch einmal zur Frage der maßgeschneiderten Projekte. Natürlich können auch Projekte hilfreich sein, die Frage dabei ist nur, wie die Projekte letztendlich konzipiert sind. Wenn die Projekte sich in das Programm eines Partnerlandes einbetten, zur Programmunterstützung dienen und letztendlich es eine höhere Koordinierung durch die Empfängerregierung gibt,

dann kann das durchaus von Vorteil sein. Es gibt aber zu viele Beispiele, wo das eben nicht der Fall ist. Hier möchte ich auf Malawi hinweisen, wo es wirklich einen guten Sektor weiten Ansatz im Gesundheitsbereich gibt, und dafür ist Malawi im regionalen Kontext stark gelobt worden. Es gibt eine wirklich relativ gute Funktionsfähigkeit der Verwaltung, auch im Gesundheitsbereich, und das ist eigentlich ein gutes Argument dafür, dass man Gelder direkt in diesen Bereich gibt, weil der leistungsfähig ist. Nichtsdestotrotz gibt trotz des funktionierenden Ansatzes immer noch eine Anzahl von 100 Projekten, die nicht im Rahmen dieses Sektors weiten Ansatzes ablaufen, sondern von 20 verschiedenen Gebern parallel durchgeführt werden und das wären dann Projektarten, die nicht effizient wären. Insofern muss man immer darauf achten, dass die Projekte tatsächlich in die Programme eingebettet werden.

Noch mal zur Frage Geberchaos beziehungsweise Fragmentierung. Darin liegt eine Aufgabe sowohl für die bilaterale EZ als auch für die multilaterale EZ, bei allen Grenzen die da zwischen beiden Mechanismen fließend sind. Einmal braucht man mehr Koordination zwischen den Gebern, und es muss stärker harmonisiert werden, wie ich das eben schon beschrieben habe. Bei der multilateralen EZ sind aus meiner Sicht drei Dinge wichtig: Erstens, wir haben es mit einer solchen Vielzahl verschiedener multilateralen Organisationen zu tun, dass es auf keinen Fall neue geben sollte, und man wirklich sehen sollte, dass man keine neuen Initiativen aufsetzt oder versucht, die existierenden Initiativen zu stärken. Zweitens, ich schließe mich da der Meinung von Prof. Reisen an. Wir brauchen eine Evaluierung bezüglich der Leistungsfähigkeit von multilateralen Organisationen. Die Briten haben mit ihrem Aid Review, bei allen methodischen Schwächen und möglicherweise auch politischen Interessen, generell den richtigen Weg gewählt. So eine Evaluierung durchzuführen und zu schauen, was kann denn eigentlich dieser multilaterale Mechanismus und der andere multilaterale Mechanismus hinsichtlich der Erreichung der Ziele deutscher EZ leisten, das ist wichtig und würde eigentlich auch Transparenz schaffen über Mittelallokationen. Dann hätte man wirklich eine Entscheidungsgrundlage, auf der man sagen könnte, okay, deswegen verteilen wir die Gelder so, wie wir sie verteilen. Drittens, das bezieht sich natürlich auch auf die bilateralen Geber. Sie müssen Reformen anstoßen in den multilateralen Organisationen. Sie müssen tatsächlich proaktiv darauf hinwirken, dass Reformen passieren. Ich möchte in diesem Zusammenhang nochmals auf die Finanzierung multilateraler Organisationen durch die deutsche EZ, die Kernfinanzierung und zweckgebundene Finanzierung eingehen. Im letzten DAC-Prüfbericht zur deutschen EZ ist gerade die hohe Kernfinanzierungsquote der deutschen EZ bei multilateralen Organisationen sehr gelobt worden. Ich denke, wenn man jetzt verstärkt dazu übergeht, diese Mittel zweckzubinden, dann geht eigentlich einer der wesentlichen Vorteile von multilateralen Organisationen verloren. Es würden so neue administrative Abläufe geschaffen, die letztendlich genau das Gegenteil bewirken, was man erreichen will. Oftmals

wird kritisiert, dass gerade multilaterale Organisationen einen hohen Administrationsaufwand erfordern. Wenn man die Finanzierung so bereitstellt, wie sie durch Zweckfinanzierungen erfolgt, dann ist das aus meiner Sicht eher ein Beitrag dazu, dass man diese administrativen Kosten erhöht.

Dr. Stephan Klingebiel, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE): Zunächst zu der Frage von Frau Roth, ob über die EU nicht das Potenzial für kohärentere Ansätze besteht. Herr Leibrecht sprach die Zahnräder an, die ineinander greifen müssen. Ich denke, wir haben in dem Bereich durchaus schon einige Dinge, die man vorzeigen kann. Wenn Sie sich die ganze Arbeitsteilungsdebatte anschauen, die über den EU-Rahmen angestoßen wurde, ist das ein Beispiel dafür, wie es funktionieren kann. Auf Länderebene ist das sehr unterschiedlich, viele von Ihnen kennen das Fallbeispiel Ruanda, wo es von den Ruandern selber sehr massiv vorangebracht wurde und wo das sehr gut funktioniert. In vielen anderen Ländern ist die Umsetzung bisher nicht so positiv gelaufen, aber wir haben dann durch die EU eine Reihe von Fortschritten angestoßen, und das ist wichtig. Es bezog sich letztlich nicht mehr nur auf die EU, sondern auch auf die anderen Akteure, und das heißt, dass es durchaus einen Ausstrahlungseffekt gibt. Wenn wir uns die Debatte über gemeinsame Programmierung anschauen, erkennen wir wieder gutes Potenzial, dass das in die richtige Richtung gehen kann. Wir haben mit einigen Instrumenten, und ich denke, die Budgethilfe zählt dazu, schon gemeinsame Programmierungsmöglichkeiten. Das kann man sicherlich auch für andere Bereiche, wie die ergebnisbasierten Ansätze, ähnlich anwenden.

Zu der Frage der Überwindung von Fragmentierung würde ich einige Punkte nennen wollen, die mir wichtig sind: Da ist die Bewertung zur Leistungsfähigkeit sowie die Effektivität und Effizienz von multilateralen Ansätzen. Wenn man sich die letzten Jahre ansieht, gibt es eine ganze Menge von Rankings und Untersuchungen, was beispielsweise DFID, das Center for Global Development und andere gemacht haben. Mir ist wichtig, dass wir uns in eine Richtung weiterentwickeln und von deutscher Seite mit dazu beitragen, gemeinschaftliche Bewertungsmaßstäbe einzuführen. Das aus verschiedenen Gründen, so um die Menge an Einschätzungen und Untersuchungen nach Möglichkeit zu reduzieren, weil das natürlich enorme Transaktionskosten bei den entsprechenden Einrichtungen verursacht. Dann gibt es noch eigene Länderstudien, und am Schluss haben wir eine Vielzahl von Untersuchungen vorliegen, die nicht zusammenpassen. Da sollten wir von Anfang an in eine Richtung gehen, um die unilateralen Bewertungen zu vermeiden und gemeinschaftliche Bewertungen zu erreichen. Mit MOPAN (Multilateral Organisations Performance Assessment Network), wir hatten vorhin schon darüber gesprochen, gibt es im Prinzip einen solchen Ansatz. Wir sind uns einig, das ist noch kein besonders kräftiger oder schlagfertiger Tiger, aber es ist der wichtige Ansatz, dass eine Gruppe von 16 Gebern sich zusammenschließt und gemeinsam

multilaterale Institutionen bewerten will. Ein weiterer Punkt zur Überwindung der Fragmentierung sind Gestaltung, Reform und Mitwirkung, die tatsächlich ganz entscheidend sind. Wir können natürlich als Akteur insbesondere dort positive Akzente setzen, wo wir entsprechend mitgestalten. Im EU-Rahmen sind die Sichtbarkeit und Mitgestaltungsmöglichkeit aufgrund der Verfassung des Systems noch mal sehr viel stärker gegeben, aber ähnliches gilt letztlich auch für den UN-Rahmen. Wenn Sie sich die UN-Fonds und Programme anschauen, auch da haben wir natürlich Mitgestaltungsmöglichkeiten. Das besteht auch ein Bedarf, weil es tatsächlich ein fragmentiertes System ist. Insofern ist die Liste mit den 280 Einheiten ganz wichtig, aber ich würde davor warnen, diese Liste als Gesetzesfaktum zu nehmen, weil die Frage, was da eigentlich aufgelistet wird, bedacht werden muss. Wenn wir das bilaterale System beispielsweise auf eine Programmebene herunter brechen würden, hätten wir auch ein sehr stark fragmentiertes System. Das Reporting-System ist ganz wichtig, aber ich würde vor der Annahme warnen, dass das alles wirklich ein völliges Chaos ist.

Mir ist als letzten Punkt die Frage mit der Sichtbarkeit wichtig. Ich glaube, Herr Leibrecht, es gibt natürlich bestimmte Sichtbarkeitsbedürfnisse in den Geberländern und es ist ganz wichtig, dass in Deutschland die Gesellschaft und die Medien verstehen, worum es geht und dass eine gesellschaftliche Zustimmung vorhanden ist. Dieses Anliegen ist sicherlich ganz wichtig. Ich möchte auf der anderen Seite auch zeigen, dass das nicht immer die deutsche Fahne, oder welche Fahne auch immer, auf einer Schule oder einem Krankenhaus sein muss. Ich glaube, eine Stärke von DFID ist bei diesem Punkt, dass man auf die Sichtbarkeit bei der einzelnen Schule verzichtet und die Sichtbarkeit international, aber auch vor Ort, trotzdem extrem hoch ist. Das erreichen sie durch ein sehr starkes Engagement in der Gebergruppe mit der Partnerseite, und das ist eine andere Form von modernerer EZ. So kann man eine moderne Sichtbarkeit herstellen, die zu Hause in den entsprechenden Geberländern dazustellen ist. Von daher würde mein Werben dahin gehen, wie man Sichtbarkeit mit den Ansätzen von Paris-Accra erreichen kann.

Die Vorsitzende: Ich danke allen Sachverständigen des ersten Blockes und schließe diesen Teil der Anhörung. Wir kommen jetzt zum zweiten Teil, in dem es um die Quotierung der EZ geht und hier insbesondere um die Frage flexibler oder fester Quoten. Dazu haben als die Sachverständige Herrn Dr. Thomas Fues vom DIE und Herrn Dr. Klaus Schilder vom Global Policy Forum Europe eingeladen, die ich jetzt um ihre Eingangsstatements bitte.

Dr. Thomas Fues, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE): Herzlichen Dank für die Einladung zu dieser wichtigen Veranstaltung. Ich möchte Ihnen meine persönliche Meinung in drei Thesen darlegen.

Erste These: Die multilaterale Quote ist eine selbst auferlegte Fessel, die den strategischen Interessen der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik entgegenläuft. Die Quote behindert und erschwert innovative proaktive Initiativen Deutschlands bei der Gestaltung der neu entstehenden Räume für internationale Kooperationen. Es liegt daher im existenziellen deutschen Interesse, die ständig an Dramatik gewinnenden systemischen Risiken im globalen System durch eine neue Qualität der multilateralen Kooperation zu entschärfen. Bei der Bereitstellung der globalen öffentlichen Güter und der entwicklungsfreundlichen Ausgestaltung der internationalen Regelwerke ist die Entwicklungszusammenarbeit besonders gefordert. Ob dies dann im Endeffekt zu einer quantitativen Steigerung oder Absenkung der deutschen Beiträge für multilaterale Organisationen führt, bleibt offen. Entscheidend ist, dass zuerst die inhaltlichen Ziele der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik definiert werden und danach über die zielführenden adäquaten Instrumente und Finanzierungskanäle nachgedacht wird. Die vorab ex ante Festlegung der Quote zäumt das Pferd von hinten auf.

Zweite These: Die verschiedentlich angesprochene europäische EZ ist der bilateralen und nicht der multilateralen EZ zuzuordnen. Als Europäer und Europäerinnen besitzen wir eine hybride Staatsbürgerschaft, die sowohl deutsche als auch europäische Elemente enthält. Als Staat hat sich Deutschland auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union verpflichtet. Der europäische Auswärtige Dienst ist Beleg für diese neue Dimension der Integration in den Außenbeziehungen. Die deutsche bilaterale und die gemeinsam definierte europäische EZ wachsen so zu einer unauflösbaren Gesamtheit zusammen. Wer den europäischen Entwicklungsfonds mit Weltbank und anderen in einen multilateralen Topf wirft, setzt sich dem Vorwurf aus, die fortschreitende Herausbildung einer europäischen Staatlichkeit zu negieren. Das klare Bekenntnis zu Europa, wie wir es in der jetzigen Krise von unserer Bundeskanzlerin immer wieder hören, hat unmittelbare Rückwirkungen auf die Verortung der europäischen EZ in unserer heutigen Debatte. Vor kurzem hat übrigens Minister Niebel einen bemerkenswerten Vorstoß gestartet, indem er dafür plädiert, dass die Europäische Kommission im Südsudan die Programmierung der gesamten europäischen Hilfeleistung, also auch der bilateralen, übernimmt. Falls er mit diesem Vorstoß Erfolg hat, werden wir hier exemplarisch, quasi in einem Labor, die Verschmelzung von bilateraler und europäischer Entwicklungszusammenarbeit erleben dürfen.

Dritte These: Der Deutsche Bundestag ist der Erfinder der multilateralen Quote für die deutsche EZ. Abhilfe muss deshalb von Ihnen, den Abgeordneten, kommen. Ich denke, uns allen hier ist klar, dass sich dieser Apell nicht primär an den AwZ richtet. Es ist der Haushaltsausschuss, der sich fraktionsübergreifend seit zwei Jahrzehnten für die Privilegierung der Bilateralität zu Gunsten der deutschen Durchführungsorganisationen stark gemacht hat. Ich bin der Überzeugung, dass diese neomerkantilistisch anmutende

Grundsatzentscheidung des Haushaltsausschusses fundamental den deutschen Interessen in zwei Punkten widerspricht: Zum einen wird damit das Bekenntnis unseres Exportabhängigen Landes zu einer liberalen offenen Weltwirtschaftsordnung konterkariert, zum anderen verkauft sich Deutschland als globaler Akteur unter Wert. Die Welt, insbesondere die Entwicklungsländer, erwarten und fordern von uns eine Führungsrolle bei der Bewältigung globaler Risiken. Als führende Wissenschafts- und Technologation haben wir das Know-how und die Ressourcen, die globale Transformation zu einer nachhaltigen Weltwirtschaft innerhalb der planetarischen Grenzen entscheidend mitzugestalten. Die multilaterale Quote in der deutschen EZ ist dafür ein Stolperstein, den es aus dem Weg zu räumen gilt. Dafür, dass sich der Deutsche Bundestag dieser Aufgabe stellt, haben Sie als AwZ heute einen entscheidenden Anstoß geliefert. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Klaus Schilder (Global Policy Forum Europe): Danke auch von meiner Seite für die Möglichkeit, heute mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Fünf Minuten, fünf Thesen, fünf Empfehlungen, das ist die Quadratur des Kreises. Sehen Sie es mir nach, wenn ich das nicht ganz schaffen werde. Ich glaube, dass es in diesem Raum eine große Einigkeit zu geben scheint, dass eine feste, anhand nationaler politischer Vorgaben festgelegte Quote zunehmend an Bedeutung verliert und dass sie in einem direkten Spannungsverhältnis zu den Erfordernissen einer zeitlich und thematisch flexiblen Mittelallokation auf multilateraler Ebene steht. Wenn ich höre, was Bundesminister Niebel dazu sagt, dann sehe ich auch auf der politischen Leitung des Ministeriums eine entsprechende Einsicht. Das Fazit vorweg, wir müssen eigentlich von der festen Quoten wegkommen, zu Gunsten eines flexibel, anhand einer Ressortübergreifenden Strategie zur multilateralen Entwicklungszusammenarbeit festgelegten, zeitlich dynamischen und thematisch dynamisierten multilateralen Anteils der gesamten deutschen EZ kommen.

Es ist einiges zu den Trends der multilateralen Entwicklungsfinanzierung gesagt worden, die Zahlen finden sich in den Stellungnahmen. Unter anderem wurde Deutschland für den hohen Anteil an der Haushaltskernfinanzierung multilateraler Organisationen gelobt. Das ist richtig, wenn man sich die gesamte Liste der multilateralen unterstützten Organisationen anschaut, da sind es 89,9 Prozent im Jahr 2010. Legen wir aber das Augenmerk auf die UN-Organisationen alleine, so zeigt sich, dass der Beitrag Deutschlands zum Kernhaushalt in den Jahren 2005 bis 2009 im Wesentlichen geringer war und ungefähr die Hälfte der Beiträge Deutschlands nicht als Kernbeiträge, sondern als zweckgebundene zusätzliche Beiträge geleistet wurde. Im Jahr 2009 lag der Anteil dieser zweckgebundenen Beiträge bei 51,6 Prozent. Es ist vielfach angesprochen worden, dass wir es mit einer verschwindenden oder verschwimmenden Grenze zwischen bi- und multilateraler Entwicklungszusammenarbeit zu tun haben. Stephan Klingebiel hat von der multi-bilateralen EZ gesprochen, und ich sehe zwei

Trends, einerseits die Bilateralisierung der multilateralen EZ, andererseits die Multilateralisierung der bilateralen EZ. Ich möchte das kurz mit ein paar Thesen darlegen. Der real existierende Sparzwang und wir alle sind uns einig, dass wir nicht in einer idealen Welt leben, führt dazu, dass es einen Kürzungsdruck, vor allem in den nicht prioritären Bereichen und bei disponiblen Mitteln gilt. Das gilt insbesondere für die freiwilligen Beiträge zu multilateralen Organisationen. Ich werde gleich noch einige Beispiele bringen. Das ist natürlich kontraproduktiv, wenn man sich den deutschen Anspruch, der im entwicklungspolitischen Grundsatzkonzept jetzt auch wieder unterstrichen wurde, vergegenwärtigt, nämlich Führerschaft in der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit zu übernehmen, und die Sichtbarkeit Deutschlands zu erhöhen. Mit dem fehlenden finanziellen Commitment auf multilateraler Ebene ist auch eine schwindende oder zumindest schwieriger werdende politische Unterstützung und politisches Auftreten Deutschlands im multilateralen Rahmen verbunden. Deutschland kann Entscheidungskompetenzen, und das wurde schon vielfach angesprochen, auf multilateraler Ebene nur überzeugend einfordern, wenn es bereit ist, entsprechend „Kasse zu zeigen“, also multilaterale Beiträge nicht weiter zu kontingentieren. Ansonsten kommt dieses einer „Rosinenpickerei“ gleich, von der Herr Reisen sprach.

Es gibt eine ganze Reihe von Beispielen, wie die multilaterale EZ bilateralisiert wird. Ich nenne da nur die Global Polio Eradication Initiative, bei der im erheblichen Umfang, nämlich 97,5 Millionen von 100 Millionen, von Deutschland bilateral zweckgebundene Mittel eingesetzt wurden; ähnliches lässt sich für GAVI aufzeigen. Besonders eklatant ist meines Erachtens, dass der Druck auf die freiwilligen bilateralen Mittel im Rahmen des World Food Programms gestiegen ist. Dort sieht es so aus, dass die Krisenreaktionsfähigkeiten Deutschlands dadurch eingeschränkt werden, dass bilaterale Mittel zugeschossen werden müssen. Im Ernstfall kann es zu Verzögerungen bei der Mittelfreigabe sowie mittelfristig auch zu Widerständen bei der Finanzierung von Krisenpräventionsmaßnahmen und vorbeugenden Maßnahmen führen. Die Empfehlungen sind deshalb und auch das wird Ihnen bekannt vorkommen: Zum ersten ist die Quote an sich nicht handlungsleitend. Sie sollte ersetzt werden, und es sollte eigentlich über die optimale Ausgestaltung der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit nachgedacht werden anhand einer Ressort übergreifenden Strategie. Ich begrüße ausdrücklich, dass das BMZ ein Konzept zur multilateralen EZ erarbeitet. Über die dort genannten Kriterien kann man sich sicherlich unterhalten, aber es muss die entsprechende Zahlungsmoralbereitschaft für ein Engagement auf multilateraler Ebene vorhanden sein.

Ich finde eine Evaluierung einen guten Vorschlag. Die Evaluierung der DFID ist sehr interessant, auch wenn man sich über die Methodik, die Fragen der Abhängigkeit und Unabhängigkeit vielleicht noch streiten muss. Ich finde auch den Vorschlag interessant, das gemeinschaftlich zu tun, denn wenn ich mir die BMZ-Kriterien anschau, die dem neuen Konzept zu Grunde liegen sollen, so ist neben der Relevanz und Effizienz eben auch die Frage

der Einflussmöglichkeit genannt. Hier sind wir in einer gemeinschaftlichen Bewertung übergreifend einen Schritt weiter und stellen nationalstaatliche Interessen hinten an. Was schließlich wirklich wirkt, sind die Mittel, die ankommen, die länderprogrammierbaren Mittel, die den Ländern wirklich zur Verfügung stehen, und diese sollten gestärkt werden. Das ist eine besondere Herausforderung für die bilaterale EZ. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Ich danke den beiden Sachverständigen für Ihre Stellungnahmen und bitte nur die Kolleginnen und Kollegen um ihre Fragen.

Abg. Uwe Kekeritz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Fues, mit hat Ihr erster Satz sehr gut gefallen. Sie haben ganz klar und deutlich gesagt, die Quote ist eine Fessel, und sie widerspricht den strategischen Interessen Deutschlands. Und das ist auch die grüne Position, die wir seit Jahren verfolgen. Eine solche Quotenregelung dient weder einer effizienten Entwicklungspolitik noch den komplexen deutschen Interessen in einer globalisierten Welt. Ich denke, wenn man sich die Diskussion heute angehört hat, müsste sie eigentlich, was die Quote angeht, wirklich beendet sein. Es ist eindeutig belegt. Es müsste jetzt, wenn wir uns das so anschauen, Frau Pfeiffer, auch in der Politik umgesetzt werden. Vielleicht hat Minister Niebel auch zugelegt. Aber als es um den Yasuní-Nationalpark ging, hat er eine bilaterale Variante gewählt. Als es um GAVI ging, hat er eine bilaterale Variante gewählt. Als es um die Katastrophe in Haiti ging, wurde auch plötzlich bilateral zugeschossen. Wir haben überhaupt keine Strukturen auf Haiti, trotzdem hat die GTZ einen Auftrag bekommen. Wir wissen, unter welchen Bedingungen die GTZ arbeitet. Es mussten erst mal Strukturen geschaffen werden. Wenn wir einfach die multilateralen Ansätze unterstützen, das wäre die politische Konsequenz, aus der Situation heraus. Freudig habe ich vernommen, dass auch Minister Niebel im Süd-Sudan eine andere Positionierung vornimmt.

Herr Dr. Fues, Sie sind in Ihren Erläuterungen nicht auf die UN eingegangen. In ihrem Statement, das Sie abgegeben haben, haben Sie darauf hingewiesen, dass die Quote die UN schwächt. Welche Forderungen würden Sie hier konkret aufstellen angesichts der Tatsache, dass Deutschland bei den freiwilligen Beiträgen nur einen hinteren Platz einnimmt? Sie sprechen auch davon, dass eine Differenzierung der Quote oder der multilateralen Hilfe in ODAC, „C“ für Country, und ODAG, „G“ für global, vorgenommen werden sollte. Was soll diese Differenzierung? Wäre das nicht eine erneute Trennung zwischen bilateraler und multilateraler EZ? Sie sprechen auch davon, dass die Mittel, die an die UN gehen, nicht mehr als ODA, sondern als Global Public Finance bezeichnet werden sollten. Neue Begriffe verwirren eigentlich nur und helfen nicht weiter. Was ist der wirkliche Hintergedanke, inwieweit kommen wir politisch mit solchen Neudefinitionen weiter?

Abg. Heike Hänsel (DIE LINKE.): Ich hätte eine grundsätzliche Frage an Sie, Herr Dr. Fues. Was sind denn die strategischen außenpolitischen Interessen Deutschlands? Darunter wird, glaube ich, Unterschiedliches verstanden. Minister Niebel spricht auch immer von Werten und Interessen. Welche sind das aus Ihrer Sicht? Da hätte ich gerne von Ihnen eine kurze Definition.

Sie sprechen dann noch die Schaffung eines verbindlichen Referenzrahmens für die kollektive Bereitstellung globaler öffentlicher Güter an. Vielleicht könnten Sie das noch ausführen, zumal Sie sich auf Severino und Ray beziehen. Generell ist unser Ansatz, dass wir mithelfen wollen, dass Staatlichkeit entsteht. Soziale Sicherungssysteme finde ich eine der entscheidenden Säulen für eine nachhaltige, mittelfristig selbstbestimmte Entwicklung in den Ländern des Südens. Würde ein Referenzrahmen einem solchen Ziel auch dienen, oder sehen Sie die Vereinten Nationen dann eher als globalen Dienstleister? Wie sind da Ihre konkreten Vorstellungen?

Ich fand sehr gut, was Klaus Schilder zur Quote ausgeführt hat oder wie er dargestellt hat, dass wir im Hinblick auf die entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe (ENÜH), oft nicht schnell genug reagieren können, wenn „der Deckel“ schon auf der multilateralen Zusammenarbeit liegt. Das halte ich für ein sehr großes Problem. Und natürlich auch, was er umgekehrt über die zweckgebundenen Mittel schreibt. Es ist enorm, wenn die Hälfte der Mittel an die UN-Organisationen zweckgebunden ausgegeben wird, weil das eine völlig veraltete Herangehensweise ist. Da kann ich nur unterstützend sagen, dass uns diese Quote eben nicht dazu bringen wird, dass eine umfassende Staatlichkeit in den Partnerländern entsteht. Da hätte ich gerne noch einmal eine Einschätzung von Ihnen, Herr Schilder. Wie sehen Sie den Aufbau staatlicher Systeme, und welche Möglichkeiten haben da die multilateralen Organisationen?

Abg. Karin Roth (SPD): Erst einmal herzlichen Dank auch an Sie. Die beiden Beiträge haben jetzt ein wenig zugespitzt die Frage der Quote aufgenommen. Dass die Quote eine Fessel und nicht handlungsleitend ist, ist eine wichtige Anregung für uns. Es geht hier nicht um die Frage, haben oder hatten wir Recht oder nicht und müssten wir uns jetzt ändern. Es geht vielmehr darum, dass wir angesichts der Globalisierung, der Europäisierung von Politik und der Veränderung, die die Nationalstaaten dann haben, darüber reden, wie wir mit der Situation umgehen sollen. Es bringt nichts, wenn wir immer die alten Forderungen vor uns hertragen und der Minister irgendwann feststellt, eigentlich ist es falsch, was ich hier in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben habe, aber ich sage es nicht so laut. Das geht einfach nicht. Um Politik zu machen, muss man auf der Höhe der Zeit sein, sonst machen es andere, wie China und die Schwellenländer.

Jetzt zu meinem Punkt. Sie haben ausgeführt, Herr Schilder, dass die Frage der Finanzierung

ganz wichtig im Zusammenhang mit der Multilateralisierung und gleichzeitig mit der Bilateralisierung ist. Wir hatten eine Idee im Zusammenhang mit GAVI. Da hat die Bundesregierung gesagt, sie macht eine multilaterale Organisation und unterstützt sie, aber es muss gleichzeitig bilateral nachweisbar sein. Sie haben es auch in Ihrem Papier geschrieben, das war die Impfung in Tansania. Da fragt man sich schon, welche Transaktionskosten bei uns entstehen und wie viele bei den anderen. Ist das eigentlich nur eine Frage der Sichtbarkeit, oder können wir das auch anders machen? An der Stelle, und das haben Sie in Ihrem Papier ausgeführt, sollten wir multilaterale Organisationen nutzen, um bilaterale Sichtbarkeit zu organisieren. Ohne sich dabei die Frage zu stellen, ob das richtig und vernünftig ist, finde ich ein derartiges Vorgehen schwierig. Ganz abgesehen davon, dass am Ende Dinge gar nicht eingehalten werden. Wenn ich mir den Haushalt bei den UN-Organisationen anschau, dann gehen die Zahlen immer weiter zurück, obwohl Deutschland in der internationalen Community noch ganz gut dasteht. Man geht wirklich zu freiwilligen und zweckgebundenen Beiträgen über und das ist unser Problem. Deshalb, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn wir etwas ändern wollen, müssen wir an diesem Punkt in der Tat mit dem Haushaltsausschuss und den Ministerien reden. Das war bei der WHO-Debatte schwierig, und das wird bei allen anderen Debatten ebenfalls schwierig. Aber wenn wir etwas ändern wollen, dann müssen wir es genau an der Stelle tun, unabhängig davon, dass wir dann auf die Fragmentierung der Organisationen auch noch achten müssen. Herr Schilder, Sie haben ausgeführt, dass Sie für eine Evaluierung der multilateralen EZ sind. Was halten Sie denn von einer Evaluierung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit? Das wäre doch auch keine schlechte Idee und könnte dazu beitragen, ein bisschen kritischer mit uns selbst zu sein. Das wäre doch vielleicht eine Überlegung wert. In dem Zusammenhang haben Sie gesagt, dass der Anteil der länderprogrammierbaren Mittel der bilateralen Hilfe ein Zwischenschritt sein könnte. Von welchen Quoten gehen Sie aus? Wo könnte man dann gleich multilateral weitergehen, oder warum meinen Sie, dass das eine Möglichkeit wäre, um einen Zwischenschritt zu organisieren?

Herr Dr. Fues, vielen Dank für diese klaren Worte in der Sache. Globalisierung fordert globales vorausschauendes Handeln und globale Gestaltung. Mein Kollege Kekeritz hat schon angedeutet, dass die Veränderung in der OECD-Berichterstattung ein erster Schritt wäre, zu sehen, was „Country“, was ist „global“ ist, und so weiter. Wer hindert uns daran? Warum ist das seit 1990 auf dem Tisch und bisher nicht umgesetzt worden? Wer blockiert und hat kein Interesse, dass wir diese Sichtbarkeit, eine OECD-Transparenz, umsetzen?

Wie erreichen wir beim Thema G8 und G20, dass dort nicht nur wieder irgendwelche Maßnahmen beschlossen werden, ohne sich die Frage zu stellen, welche Organisation das anschließend übernimmt. Was kann man da tun, um hier etwas zu verbessern?

Abg. Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU): Eines muss mal klargestellt werden, lieber Kollege Kekeritz. Es ist ein Glück, dass wir bei Yasuní so gehandelt haben, wie wir es getan haben. Am Ende kam nämlich raus, dass Ecuador überhaupt kein Interesse an Yasuní hatte, sondern am Geld interessiert war. Insofern war es richtig, dass wir das so gemacht haben und nicht eine weitere multilaterale Organisation unterstützt haben, wo wir doch gerade gehört haben, dass wir nicht nur über 250, sondern mehr als 280 haben.

Herr Dr. Fues, bei einem gebe ich Ihnen Recht. Seit Jahren und Jahrzehnten wird seitens Deutschlands versäumt, und das gilt für alle Regierungen, die dafür zuständig gewesen sind, deutsches Personal bei den Multis so zu platzieren, dass wir sichtbar und erkennbar sind und Einfluss haben. Das ist ein Versäumnis und ich weiß nicht, warum wir es jetzt nicht schnellstens verbessern. Aber ich hoffe, wir sind da auf einem guten Weg.

Was mich ein kleines bisschen stutzig macht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir vor Ort sind auf unseren Reisen, schauen wir uns doch keine Projekte von UNFPA und was weiß ich was an. Wir schauen uns den EED, die KfW, die GIZ und den DIED an, also kleine Organisationen und freuen uns an der unglaublichen Qualität dieser Projekte. Ich habe überhaupt keine Ahnung, warum wir so schlecht darüber reden, und warum wir nicht hergehen und anerkennen, dass in der bilateralen Zusammenarbeit mindestens genauso gute Leistungen erbracht werden wie in der multilateralen, und unter Umständen sogar bessere. Insofern weiß ich nicht, wovon wir reden. Es kann doch nicht sein, dass wir nur noch mit den Multis zusammenarbeiten wollen! Das kann nicht in unserem Interesse und auch nicht in Ihrem Interesse sein. Je mehr wir mit den Schwellenländern zusammenarbeiten, desto mehr müssen wir bilateral arbeiten. Auch da sind wir uns hoffentlich einig. Ich verstehe die Diskussion definitiv nicht so richtig, aber wir führen sie eben zum hundertsten Mal, und alles ist gut.

Abg. Harald Leibrecht (FDP): Vielen Dank für die Ausführungen. Der Begriff von Herrn Fues mit den selbst auferlegten oder angelegten Fesseln, fand ich gar nicht so schlecht. Eigentlich war allen klar, dass wir so wie in der Vergangenheit nicht mehr weitermachen können. Wir sind in einer Einbahnstraße angekommen mit der ganzen Entwicklungspolitik, und wir brauchten dringend diese Diskussion multilateral – bilateral. Wenn man eine Quote festlegt, dann kommt so eine Diskussion viel stärker in Gang. Ohne diese Festlegung der Koalition hätten wir wahrscheinlich heute diese Anhörung nicht und weiterhin die Diskussionen im Vorfeld. Da ist schon mal sehr viel erreicht worden und das gefällt mir sehr gut.

Sie haben angesprochen, dass die Qualität der multilateralen EZ in Europa verbessert werden muss. Auch hier zeigt sich, dass wir auf der richtigen Linie sind mit unserer Forderung. Die Neuausrichtung der EU-Entwicklungspolitik übernimmt sehr viel vom deutschen Ansatz, gerade bei der Budgetierung der anderen. Überall, wo wir Diskussionen angestoßen haben, kommen wir wirklich voran. Insofern finde ich das schon mal sehr gut. Wenn der DAC-Peer

Review uns beweist und bestätigt, dass wir bei den Multilateralen weit über dem Durchschnitt liegen, müssen wir kein schlechtes Gewissen haben, dass wir mit der Quotierung irgendwo weniger geben oder hinterherhinken. Ganz im Gegenteil, wenn wir weit über dem Durchschnitt sind, können wir nicht so schlecht sein. Insofern ist das ein richtiger Ansatz und geht in die richtige Richtung, und deshalb freut es mich, dass die Bundesregierung hier vorankommt. Ob am Ende eine Quote sinnvoll ist oder nicht, wird die Zeit zeigen. Ich glaube, das wird durch die Quotierung in die richtige Richtung gehen, denn ohne Quotierung wäre nämlich nichts passiert. Insofern bin ich sehr froh und würde natürlich auch von den Referenten noch mal kurz ihre Meinung hören wollen. Sind Sie der Meinung waren, dass sich vor zwei Jahren nicht viel getan hatte und es jetzt gut ist, darüber zu diskutieren? Ich sehe wirklich, dass wir auf EU-Ebene einen enormen Schritt weitergekommen sind, und das wird uns dank der Initiative von deutscher Seite bestätigt. Dankeschön.

Die Vorsitzende: Ich danke den Kolleginnen und Kollegen für ihre Einschätzungen und Fragen und gebe jetzt noch einmal das Wort an die beiden Sachverständigen.

Dr. Thomas Fues, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE): Herzlichen Dank für Ihre sehr wichtigen und inspirierenden Beiträge und Fragen. Ich versuche jetzt, sie der Reihe nach abzuarbeiten. Im Hinblick auf die Leistungen Deutschlands an die entwicklungspolitischen Organisationen der Vereinten Nationen ist das Phänomen zu beobachten, dass diese Beiträge nicht systematisch geplant und aus einer bestimmten Zieldefinition abgeleitet werden. Das ist vielmehr eine Residualgröße, weil es sich um jährliche freiwillige Leistungen handelt, wenn also die multilaterale Quote etwas aus dem Ruder gerät oder noch stärker über diese magische Grenze hinausschießt, kann dann teilweise bis in die letzten Tage oder Wochen des Jahres entsprechend gegengesteuert werden. Das entspricht nicht der potenziellen Bedeutung und dem Nutzen, den UN-Organisationen für die deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit stiften können. Ein möglicher Ausweg wäre hier, dass Deutschland auf mehrjährige Zusagen bei den UN-Organisationen zurückgreift, um sich da, zumindest politisch, wenn nicht rechtlich, international entsprechend zu binden.

Diese Unterscheidung ODAC und ODAG, ist von Inge Kaul und ihren Mitarbeitern bei UNDP schon Ende der 90er Jahre geschaffen worden. Ich denke, da war sehr klug und frühzeitig erkannt worden, welche Kräfte international und speziell in der Entwicklungswelt am Werke sind, die sich heute noch sehr viel stärker herauskristallisiert haben und die einen Funktions- und Formwandel der Entwicklungszusammenarbeit nach sich ziehen. Ich denke, es könnte durchaus sinnvoll sein, hier konzeptionell noch etwas grundlegender nachzudenken, weil mit der ODAC verbindet jeder automatisch die übergeordnete Priorität der Armutsbekämpfung, die unmittelbar den Entwicklungsinteressen des jeweiligen Landes dient. Die ODAG wird auch

von anderen deutschen Interessen geführt, und da geht es um systemische Risiken, um globale Stabilität und Zukunftssicherung. Somit kommen hier ganz andere Zielvorstellungen und Koordinaten ins Spiel. Ich denke, eine entsprechende konzeptionelle Unterscheidung, aber dann auch in der Transparenz der Leistung des jeweiligen deutschen Engagements, ist wichtig.

Global Public Finance, das ist jetzt wieder so ein toller neuer Begriff. Ich denke, es lohnt sich schon, diesen erst einmal anzunehmen oder zu reflektieren, was gemeint ist. Auch für mich drückt sich hier eine begriffliche Darstellung des Funktionswandels der internationalen Entwicklungszusammenarbeit aus. Es geht um unsere verbindlichen Beiträge zur Sicherung globaler Zukunftsfähigkeit und um eine klare Abgrenzung gegenüber dem, auch vom Ursprung her, caritativen, humanitären, mitmenschlichen Ansatz der klassischen EZ, um öffentliche Daseinsvorsorge im internationalen Kontext. Das kann und darf nicht ins freie Belieben der Nationalstaaten gestellt sein, sondern wir brauchen einen verbindlichen Rahmen, der die Staaten festlegt und von ihnen eine faire Lastenteilung abfordert. Die strategischen deutschen Interessen definiere ich vor dem Hintergrund der globalen systemischen Risiken. Ich will jetzt nicht in die Einzelheiten gehen wie Klimaerwärmung, Verlust an Biodiversität, transnationale Kriminalität und fiktionale Krankheiten, aber natürlich auch die sozialen Aspekte, wie sozialer Ausschluss und Verarmung oder die Marginalisierung großer Bevölkerungsgruppen. Das World Economic Forum, das hier bestimmt nicht irgendwelcher klassenkämpferischer Tendenzen bezichtigt werden kann, legt jedes Jahr einen sehr spannenden Global Risk Report vor, der eindrücklich anhand entsprechender empirischer Analysen aufzeigt, auf welche Gefahrenlage wir uns zubewegen, wenn nicht sofort und dringend global entsprechend gehandelt wird.

Die globalen öffentlichen Güter können nicht objektiv, quasi wissenschaftlich bestimmt werden. Das ist ein politischer Aushandlungsprozess, da kommen handfeste Interessen mit ins Spiel, die unterschiedlich gelagert sind, auch zwischen Staaten und Regionen. Das muss ausgehandelt werden und da muss eine faire Lastenteilung alle mit einbeziehen, um entsprechende Free-Rider-Phänomene zu unterbinden. Wir sind im globalen Rahmen weit davon entfernt, etwa für Einzelfelder universell akzeptierte Lösungen zu finden, leider ist es innerhalb des globalen Gesamtrahmens erst recht schwierig, entsprechende Aushandlungsprozesse zu ermöglichen. Wer blockiert das? Ich denke, das ist die große Frage. Da sind erst mal die nationalen engeren Interessen und Interessengruppen, die hier ins Spiel kommen.

Ich denke, vor allem die G20 muss sich noch einmal neu definieren. Nicht als exklusiver Klub, der zunächst die nationalen Interessen bedient, sondern der seine Legitimation daraus bezieht, dass er global Konsens vorbereitet und entsprechende Korridore ausverhandelt und in die internationalen Verhandlungsprozesse einfüttert. Ob das jetzt beim Gipfel in Los Cabos

gelingt, wird sich zeigen, denn er endet just am Vorabend der Rio+20-Konferenz, und da könnte die G20 erheblich positive Impulse für das Gelingen dieser wichtigen Konferenz leisten. Dankeschön.

Dr. Klaus Schilder (Global Policy Forum Europe): Rio+20 ist ein gutes Stichwort, an das ich gleich anknüpfen möchte. Frau Hänsel hat nach den strategischen Interessen gefragt, und ich möchte das eine Stufe herunter kochen. Was heißt das denn konkret? Wofür setzt sich Deutschland ein? Im Kontext der Rio+20-Verhandlungen setzen wir uns zum Beispiel für die Aufwertung des UN-Umweltprogramms in eine Umweltagentur ein. Wir setzen uns dafür ein, die Kommission für nachhaltige Entwicklung, die CSD, in einen schlagkräftigen Rat für nachhaltige Entwicklung umzuwandeln und somit aufzuwerten. Das sind die politischen Interessen und dafür steht Deutschland. Aber es muss dann auch bereit sein, die dafür nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen und so seine Glaubwürdigkeit im multilateralen Kontext unter Beweis zu stellen. Das sind für mich zwei Seiten einer Medaille. Nur dann wird aus den strategischen Interessen eben auch ein rundes Bild.

Grundsätzlich gibt es die Problematik der Bilateralisierung der multilateralen Mittel. Frau Hänsel, Sie haben nach dem ENÜH-Topf gefragt. Das Grunddilemma aus meiner Sicht ist, dass wir keine zusätzlichen Mittelaufwüchse haben. So betreiben wir Mangelwirtschaft und versuchen die Quote durch eine kreative Beistellungsverbuchung hin und her zu schieben. Eigentlich könnten wir die Quote nur dann erfüllen, wenn wir das Pferd von vorne aufzäumen und nicht von hinten. Wir müssen also schauen, wie die Notwendigkeiten auf multilateraler Ebene sind, welche Finanzierungsnotwendigkeiten es gibt und welche internationale Verantwortung Deutschland im Rahmen seiner Verpflichtungen hat, zum Beispiel 0,7 Prozent als Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Bei ENÜH ganz konkret hat die Quotierung Auswirkungen auf multilaterale Organisationen, nämlich auf die freiwilligen Beiträge zum Welternährungsprogramm. Der ENÜH-Haushalt ist von 90 Millionen Euro jährlich bis 2008 ungefähr auf 129 Millionen in 2011 angewachsen. Richtig ist aber auch, dass der Anteil der Mittel, die daraus an das Welternährungsprogramm vergeben wurden gedeckelt wurden und so im Schnitt von gut 30 Prozent in Periode 2004 bis 2009 auf 18,6 Prozent in 2010 absanken. Meine These ist, dass Deutschland seine Krisenreaktionsfähigkeiten dadurch unnötig einschränkt, indem es bilaterale Mittel beistellt, die dann verzögert freigegeben werden. Da schaut man eventuell darauf, wann diese Mittel abfließen werden. Es werden Überlegungen angestellt, dass man eine Übererfüllung der Quote erreicht, wenn man Mittel frühzeitig beistellt und dann dementsprechend in der folgenden Jahreshälfte vielleicht keine weiteren Mittel mehr beistellen kann. Ich denke, hier müssen wir auf die Reaktionsfähigkeit schauen.

Auch bei GAVI stellt sich die Frage der bilateralen Beistellung. Wir haben ein ähnliches Problem, nämlich Mangelwirtschaft. Die 14 Millionen, die Deutschland zusätzlich bewilligt hat,

sind im Rahmen eines Abkommens mit der Bill & Melinda Gates-Stiftung gematcht. Sie werden als bilaterale Mittel beigestellt, die aber multilateral kommuniziert werden. Die Herausforderung sollte eigentlich darin bestehen, wie wir GAVI auffüllen und diese sehr strenge Quotierung umgehen können.

Die Frage nach der Unterstützung für soziale Sicherungssysteme. Ich denke, multilaterale Organisationen spielen dabei eine herausragende Rolle. Ich möchte exemplarisch auf die Arbeit von UNRISD verweisen, das UN-Forschungsinstitut für soziale Entwicklung. In dieser Thematik gehen eine ganze Reihe richtiger Impulse in die internationale Diskussion ein. Es ist ganz klar aus unserer Sicht, dass es eine enge Zusammenarbeit zwischen den bilateralen Programmen und den multilateralen Akteuren geben sollte.

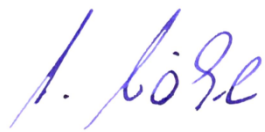
Frau Roth, unter anderem sprachen Sie die Frage der Evaluierung an. Aus NGO-Sicht muss ich Ihnen da vollkommen Recht geben, dass auch bilaterale EZ evaluiert werden muss. Was uns vor allem fehlt, ist Transparenz in den Evaluierungen der entwicklungspolitischen Programme des BMZ. Ich kann Ihnen ein Beispiel geben: Ich habe vor einiger Zeit versucht, die Projekte der International Services der GIZ zu recherchieren, also den privatwirtschaftlichen Arm der GIZ, und es ist sehr schwer, verlässliche Daten über das deutsche Engagement zu bekommen, geschweige denn die Evaluierung einzusehen. Ich denke, das sollte Standard sein, größtmögliche Transparenz bei bilateralen Evaluierungen walten zu lassen. Deutschland hat die Internationale Transparenzinitiative, EITI unterzeichnet, aber hier fehlen konkrete Implementierungsschritte. Auch das ist Ihnen hier in der Runde bekannt, und ich möchte Sie nur nochmals daran erinnern, diese auch einzufordern.

Schließlich die Frage von Frau Roth nach Country Programmable Aid, CPA, also des optimalen Anteils an länderbezogenen Hilfen. Das ist relativ schwierig. Wir NGOs haben schon lange gesagt, dass wir eigentlich mit Rechenricks arbeiten und Phantomhilfe hinzurechnen. Ich erinnere an die kalkulatorischen Studienplatzkosten, die bei der ODA-Quote angerechnet werden, die aber für die Menschen und für die Verbesserung der Armutssituation in den Ländern kaum eine Änderung bringen. Hier müssten wir eigentlich zu neuen Bewertungskriterien kommen. Das OECD-Konzept haben wir uns auch nur geliehen. Die Country Programmable Aid ist hier sinnvoll und deren Anteil sollte erhöht werden. Natürlich gibt es dafür sprechende Begründungszusammenhänge, zum Beispiel die Bildungsarbeit in Deutschland weiterhin stark zu halten, was das Ministerium auch bereits macht. Also eine optimale Aufteilung ist schwer zu benennen, aber sie sollte doch deutlich höher als 50 Prozent liegen. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Meine Herren, vielen Dank für Ihre Ausführungen und dass Sie so tapfer Rede und Antwort gestanden haben. Das gilt gleichfalls für Ihre schriftlichen Stellungnahmen, die Sie uns im Vorfeld zur Verfügung gestellt haben.

Ich wünsche allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern auf der Tribüne noch einen schönen Tag und, falls Sie von auswärts angereist sind, einen weiterhin schönen Aufenthalt in Berlin. Den Kolleginnen und Kollegen ebenfalls noch einen schaffensreichen Tag. Ich schließe damit die Anhörung.

Ende der Sitzung: 13.00 Uhr



Dagmar G. Wöhrl, MdB

Vorsitzende